

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt
Aurich

Sitzungstermin: Donnerstag, den 07.07.2022

Sitzungsbeginn: 17:01 Uhr

Sitzungsende: 19:21 Uhr

Ort: Stadthalle Aurich, Bgm.-Anklam-Platz, 26603 Aurich

Anwesend sind:

Bürgermeister

Herr Horst Feddermann

stv. Vorsitzende

Frau Monika Gronewold

Vorsitzende der Sitzung

Ordentliche Mitglieder

Frau Gila Altmann

Herr Menko Bakker

Herr Bodo Bargmann

Herr Harald Bathmann

Herr Rolf-Werner Blesene

ab 17:05 Uhr (TOP 4)

Frau Saskia Buschmann

Frau Sarah Buss

Frau Viola Czerwonka

ab 17:17 Uhr (TOP 8)

Frau Waltraud de Wall

Herr Arno Fecht

Herr Philipp Frieden

Herr Arnold Gossel

Frau Antje Harms

Herr Udo Haßbargen

ab 17:07 Uhr (TOP 4)

Herr Hermann Ihnen

Frau Klara Jéhn-de Witt

Frau Gerda Küsel

Frau Dore Löschen

Herr Artur Mannott

Herr Manfred Möhlmann

Herr Reinhold Mohr

Herr Johann Reiter

bis 18:25 Uhr (TOP 10)

Herr Richard Rokicki

Herr Volker Rudolph

Herr Georg Saathoff

Herr Wiard Siebels

Herr Peter Specken

Frau Hilde Ubben

bis 18:07 Uhr (TOP 9)

Herr Reinhard Warmulla

Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Aurich vom 07.07.2022

Frau Heidrun Weber
Herr Bastian Wehmeyer
Herr Gerhard Wulff

von der Verwaltung

Herr Erster Stadtrat Hardwig Kuiper
Frau Stadtbaurätin Alexandra Busch-Maaß
Frau Laura Rothe
Herr Stefan Harms
Frau Birgit Ehring-Timm
Herr Nils Friedrichs

Protokollführer

Entschuldigt fehlen:

Ratsvorsitzende

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt

Ordentliche Mitglieder

Frau Erika Biermann
Herr Jens Coordes
Frau Heike Cremer
Herr Hermann Gossel
Frau Almut Kahmann
Herr Stefan Scheller

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Gronewold, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung die Sitzung des Rates um 17:01 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls (öffentlicher Teil) vom 02.06.2022

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird mit 28 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen ohne Änderung genehmigt.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende erteilt zunächst dem Bürgermeister das Wort.

Der Bürgermeister verweist sodann auf die Ergänzungsvorlage zum Tagesordnungspunkt 8 „Klimaschutzkonzept der Stadt Aurich“. Zudem werde er unter dem Tagesordnungspunkt einen Änderungsantrag stellen.

Die Vorsitzende verweist auf die zum Tagesordnungspunkt 8 gestellten Änderungsanträge:

- Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion, hier: Änderung zum Klimaschutzkonzept Ablehnung einer Regenwassergebühr – Drucksachen-Nr. A 22/041
- Antrag der Gruppe SPD/GAP, hier: Änderung zum Klimaschutzkonzept – Entsiegelung von Flächen – Drucksachen-Nr. A 22/041/1

Herr Mohr möchte wissen, weshalb der Antrag „Vorrang des Ostfriesland-Wanderweges gegenüber städtischen Straßen“ sowie der Antrag „Tempo 30 in sensiblen Bereichen nach VwV-StVO vom Mai 2017“ nicht auf der Tagesordnung stehen. Zudem könne er nicht nachvollziehen, weshalb der Antrag zum Ostfrieslandwanderweg in die Fraktionen und Gruppen zurücküberwiesen worden ist. Er verweist auf die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 27.06.2022.

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Antrag bzgl. des Ostfrieslandwanderweges für die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 18. Juli 2022 vorgesehen ist.

Hinweis der Verwaltung:

Es wird auf die Ausführungen im Protokoll des Verwaltungsausschusses vom 27.06.2022 verwiesen (Antrag Ostfrieslandwanderweg).

Des Weiteren wird auf die Sitzung des Ausschusses für Klima, Umwelt und Verkehr vom 31.05.2022 verwiesen, wonach die Verwaltung beauftragt worden ist, bis zur 1. Sitzung nach der Sommerpause eine Auflistung nach § 45 Abs. 9 StVO der in Frage kommenden und noch nicht geschwindigkeitsreduzierten Bereiche zu erstellen. Zuständig ist hier der Fachdienst 32.

Sodann wird die Tagesordnung des Rates mit 29 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen festgestellt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

**TOP 6 Neufassung des Nds. Kita-Gesetzes - Eingruppierung von Zweitkräften
Vorlage: 22/074**

Beschluss:

1. Bei künftigen Stellenbesetzungen von Zweitkräften sollen, sofern möglich, pädagogische Fachkräfte im Sinne des NKiTaG eingestellt und entsprechend ihrer Qualifikation eingruppiert werden. Der Stellenplan ist hierfür anzupassen und entsprechend zu beschließen.
2. Für die KiTas der freien Träger finden die vorstehenden Regelungen analog Anwendung. Entsprechende Ansätze sind bei der Bemessung der Betriebskostenzuschüsse zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 7 Antrag auf Anpassung der jährlichen Kosten des DRK-Kreisverbands für das Übernachtungsheim für Wohnungs- und Obdachlose in Aurich
Vorlage: 22/095**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Aurich beschließt den jährlichen Zuschuss an den DRK-Kreisverband Aurich e.V. für das Übernachtungsheim für Wohnungs- und Obdachlose für die Jahre 2021 und 2022 rückwirkend um jeweils 3000 €/Jahr von 80.000 € auf 83.000 / Jahr zu erhöhen. Ab dem 01.01.2023 erfolgt die Anpassung um die lineare Personalkostenentwicklung und bei den Sachkosten um die von der Industrie- und Handelskammer festgesetzte Steigerung des Lebenshaltungskostenindex.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 8 Klimaschutzkonzept der Stadt Aurich
Vorlage: 22/112/1**

Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Maßnahmennummer K 5 mit dem Maßnahmentitel „Einführung einer Regenwassergebühr“ aus dem Klimaschutzkonzept gestrichen wird. An-

schließlich könnte das Konzept dann verabschiedet werden.

Herr Gossel teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Antrag des Bürgermeisters unterstützen werde. Die CDU-Fraktion könnte dem Konzept mit dieser Änderung zustimmen.

Herr Specken kritisiert den Antrag der CDU-Fraktion. Er könne das Verhalten nicht nachvollziehen. Der Antrag hätte auch eher gestellt werden können. Mit der Verabschiedung des Konzepts ist die Einführung einer Regenwassergebühr noch keineswegs beschlossen. Es bedarf bei den einzelnen Maßnahmen immer noch eines Einzelbeschlusses. Das Klimaschutzkonzept ist für die Stadt Aurich sehr wichtig und notwendig. Eine Ablehnung könne die Zahlung von Fördermitteln gefährden. Dem Antrag des Bürgermeisters könne er jedoch zustimmen, so Herr Specken.

Frau Buss bemerkt, dass bzgl. der Einführung einer Regenwassergebühr noch erheblicher Beratungs- und Klärungsbedarf besteht. Sollte die vorliegende Beschlussvorlage ohne Änderung verabschiedet werden, bedeutet dieses bereits eine quasi Zustimmung zur Einführung der Regenwassergebühr in der Stadt Aurich. Auch sie könne dem Antrag des Bürgermeisters daher zustimmen.

Herr Gossel teilt mit, dass die mögliche Einführung einer Regenwassergebühr weiterhin auf der Tagesordnung stehen wird. Er verweist dabei auf den bestehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Ergebnisse aus diesen Beratungen gilt es abzuwarten. Die CDU-Fraktion werde einer Einführung jedoch nicht zustimmen.

Auch Frau Altmann betont, dass es mit dem heutigen Beschluss nur über die Umsetzung von möglichen Konzepten entschieden werde. Die tatsächliche Umsetzung der einzelnen Konzepte müsse dann ebenfalls noch in den Gremien beraten und beschlossen werden. Das Klimaschutzkonzept ist wichtig für die Zukunft der Stadt Aurich, sowie für das Klima und die Umwelt insgesamt. Das Verhalten der CDU-Fraktion halte sie für verantwortungslos, so Frau Altmann.

Ebenfalls betont Herr Rokicki, wie wichtig das Klimaschutzkonzept für die Stadt Aurich ist. Dem Antrag des Bürgermeisters kann seine Fraktion ebenfalls zustimmen.

Frau Buschmann betont ebenfalls, wie wichtig das Klimaschutzkonzept für die Stadt Aurich ist. Mit dem Antrag des Bürgermeisters liegt ein guter Kompromiss vor.

Abschließend betont Herr Rudolph, dass die Ablehnung des Klimaschutzkonzepts eine Katastrophe wäre. Die Gruppe SPD/GAP hält den Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion für zu unverbindlich. Die dort vorgeschlagenen Maßnahmen werden nicht zu einem Umdenken beim Bürger führen. Der Antrag der Gruppe SPD/GAP sehe vielmehr eine Verpflichtung vor. Dem Antrag des Bürgermeisters könne die Gruppe jedoch zustimmen.

Sodann lässt die Vorsitzende über den Antrag des Bürgermeisters abstimmen.

Mit 27 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen wird dem Antrag des Bürgermeisters zugestimmt.

Herr Bathmann verdeutlicht in seiner anschließenden Rede, welche wichtige Entscheidung mit dem anstehenden Beschluss ansteht. Die Stadt Aurich setze ein Zeichen für den Klima- und Umweltschutz. Es liegt ein gutes Konzept vor. Daher sollte der Rat mit einer großen Mehrheit zustimmen.

Auch Herr Mohr betont, dass ein starkes Klimaschutzkonzept vorliegt, auch wenn die Regenwassergebühr-Maßnahme gestrichen worden ist. Die Stadt Aurich sende ein starkes Signal gegen den Klimawandel.

Frau Buschmann teilt ebenfalls mit, dass mit dem nunmehr vorliegenden Konzept viele gute Vorschläge zum Schutz des Klimas und der Umwelt vorliegen.

Der Bürgermeister bedankt sich bei den Mitgliedern des Ausschusses für Klima, Umwelt und Verkehr, welche eine gute Arbeit und Vorbereitung geleistet hätten, Sein Dank gehe auch an die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fachbereich III. Es liegt ein gutes Konzept für die Zukunft vor.

Die Vorsitzende lässt sodann über die Beschlussvorlage abstimmen, unter Berücksichtigung des bereits zugestimmten Änderungsantrages des Bürgermeisters.

Beschluss:

- das im Integrierten Klimaschutzkonzept beschriebene Klimaschutzszenario wird als Entwicklungspfad für die Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2045 beschlossen,
- die qualitativen Leitziele werden als Grundlagenstrategie für die Klimaschutzarbeit der Stadt Aurich beschlossen,
- die Stadt Aurich beschließt die formulierten Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Erreichung der ausgeschriebenen Klimaziele als Klimaschutzkonzept und
- die Verwaltung wird beauftragt, das Klimaschutzkonzept zu veröffentlichen und im Internet und auf sonstige Weise bekannt zu machen

Die Anlagen zu dieser Vorlage sind Bestandteile der Beschlüsse.

Änderung zum Beschluss:

Die Maßnahmennummer K 5 mit dem Maßnahmentitel „Einführung einer Regenwassergebühr“ wird aus dem Klimaschutzkonzept gestrichen.

Hinweis der Verwaltung:

Die gestellten Anträge der CDU-Fraktion/FDP-Fraktion sowie der Gruppe SPD/GAP haben sich mit dem obigen Beschluss erledigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 9 Konversion Bundeswehrgelände - Sanierung der Skagerrakstraße
Vorstellung Entwurfsplanung und Beschlussfassung
Vorlage: 22/118**

Herr Warmulla plädiert für eine Vertagung des Beschlusses. Aus seiner Sicht sollten zunächst die Planungen für das Fuß- und Radwegekonzept im ehemaligen Kasernenbereich abgewartet werden. Der Innenbereich der ehemaligen Kaserne sowie der Außenbereich der Skagerrakstraße gehören zusammen.

Frau Altmann lehnt den vorliegenden Beschluss ebenfalls ab. Nach der gültigen Straßenverkehrsordnung sind kombinierte Fuß- und Radwege nicht mehr zulässig. Sie verweist zudem auf das hohe Sicherheitsrisiko für die Nutzerinnen und Nutzer. Die Planung sollte nochmals überdacht werden.

Herr Rudolph teilt mit, dass er die Bedenken durchaus nachvollziehen kann. Auch er sehe eine Gefährdung für die Fußgänger und Radfahrer. Für ihn stellt sich jedoch die Frage, ob eine Erweiterung des kombinierten Fuß- und Radweges überhaupt möglich ist.

Frau Busch-Maaß teilt mit, dass die Planungen im ehemaligen Kasernenbereich nicht mit den Planungen für die Skagerrakstraße verknüpft werden dürfen. Im ehemaligen Kasernenbereich liegen andere Voraussetzungen vor. Ein Grund sind die dort bestehenden Straßen, welche nicht ohne Weiteres verändert werden dürfen. Die Struktur und der zukünftige Verlauf der Straßen stehe jedoch noch nicht fest. Zu den jetzigen Planungen habe es im Vorfeld viele Gespräche gegeben, um die jetzt vorliegende Lösung zu finden. Ein heutiger Beschluss ist wichtig, da ansonsten Fördermittel verloren gehen können.

Herr Warmulla möchte wissen, ob die Breite auch unterschritten werden kann, weil von max. 3,25 m die Rede ist. Für eine andere Planungsumsetzung wären sicherlich auch andere Fördertöpfe in Frage gekommen.

Frau Busch-Maaß ergänzt, dass der Fuß- und Radweg auch auf nicht städtischen Flächen verlaufe. Der Eigentümer habe die Erlaubnis erteilt. Ein Umlegungsverfahren für den Flächentausch stehe noch aus. Für den vorgegebenen Förderzeitraum könne das Umlegungsverfahren jedoch nicht abgewartet werden. Durch die derzeitigen Eigentumsverhältnisse könne es auch zu einer Unterschreitung dieser Breite kommen, so Frau Busch-Maaß.

Frau Weber und Herr Möhlmann begrüßen die vorgesehenen Planungen. Die Stadt Aurich habe eine gute Lösung gefunden. Das Machbare werde umgesetzt. Frau Weber ergänzt, dass die Planungen auch den Erhalt der dort stehenden Bäume vorsehen.

Bezüglich einer möglichen Rechtswidrigkeit teilt die Verwaltung mit, dass diese nicht vorliegt, wenn eine Radwegebenutzungspflicht nicht angeordnet werde. Eine entsprechende Beschilderung müsse erfolgen. Die Auskunft erfolgt aufgrund von Nachfragen, welche von Frau Altmann und Frau Buss gestellt worden sind.

Herr Rudolph gibt zu bedenken, dass eine Mindestbreite der Skagerrakstraße gegeben sein muss. Zwei Busse müssen sich ohne Probleme begegnen können. Diese liege mit der jetzigen Lösung vor. Ansonsten gefährden wir einen ÖPNV-Anbindung für das zukünftige Wohngebiet.

Herr Siebels teilt abschließend mit, dass die Diskussion und die Problematik über die den Bau von kombinierten Fuß- und Radwegen im zuständigen Fachausschuss geführt werden sollte. Hier könne dann auch über die vorliegenden gesetzlichen Bestimmungen diskutiert werden. In diesem konkreten Fall sollte jedoch zugestimmt werden, da er keine zwingenden Gründe sieht, welche dagegensprechen.

Herr Rokicki beantragt, dass nunmehr über die Vorlage abgestimmt werden sollte. Er könne die ganze Diskussion nicht nachvollziehen.

Die Vorsitzende stellt die Vorlage sodann zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Umsetzung der Maßnahme „Sanierung der Skagerrakstraße“ auf Grundlage des vorliegenden Entwurfes wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen

**TOP 10 Altstadtsanierung Aurich - Neugestaltung Carolinengang
Vorstellung Entwurfsplanung und Beschlussfassung
Vorlage: 22/116**

Frau Altmann verweist auf die vorgenommene Einsichtnahme in die Akte zur Neugestaltung. Dabei haben sich nach der Einsichtnahme in das Baumgutachten viele Fragen ergeben. Auch der frühe Zeitpunkt der Begutachtung wecke Zweifel. Aktuell zeige der Baum eine gesunde und vitale Funktion. Diese Fragen sollten zuvor geklärt werden.

Des Weiteren führt Frau Altmann aus, dass der vorgesehene Spielplatz nicht zur Umgebung passe. Eine Spielfläche für Kinder gehöre nicht ein Umfeld, indem sich mehrere Kneipen befinden. Der Carolinengang bilde gerade mit den vielen Kneipen eine besondere Kultur in der Stadt Aurich. Daher könne ihre Fraktion diesen Planungen nicht zustimmen.

Herr Warmulla kritisiert, dass nicht mehr Alternativvorschläge vorgelegt worden sind. Zudem habe es auch im Vorfeld keine ausreichenden Informationen gegeben. Eine Möglichkeit wären auch 3D-Präsentationen. Diese könnten eine realitätsgenaue Vorstellung vermitteln und eine Entscheidung erleichtern. Informationsmängel habe es auch bereits bei anderen Planungen gegeben. Für die Zukunft müsse sich daher etwas ändern.

Herr Fecht betont, dass der Baum seinen Zenit erreicht habe. Zudem sehe er keine Gründe, weshalb ein Spielplatz nicht gebaut werden sollte. Die Gastronomie habe sich in den letzten Jahren sehr gewandelt, sodass eine Gefährdung für die Kinder nicht gegeben sei. Ein Spielplatz könne das Umfeld und das Angebot für die Gäste verbessern.

Herr Bargmann teilt mit, dass über die Sanierung des Carolinengangs sowie über die Sanierung der Innenstadt insgesamt sehr ausführlich und intensiv diskutiert worden ist. Die Neu- und Umgestaltung der Verbindungswege zur Innenstadt sind sehr wichtig. Sie steigern die Attraktivität.

Frau Buss teilt ergänzend mit, dass der vorgesehene Spielplatz am Carolinengang die Attraktivität des Bereichs steigern werde. Sie habe bereits viele positive Rückmeldungen erhalten. Die Gastronomie werde dadurch auch an Attraktivität gewinnen. Eine Gefahr für Kinder sehe sie nicht. Zudem können die Eltern selbst entscheiden, ob sie den Spielplatz nutzen möchten.

Abschließend teilt sie mit, dass der besagte Baum am Ende seiner Lebenszeit angekommen ist. Der Standort bietet keine Entwicklungsmöglichkeit mehr.

Sodann lässt die Vorsitzende über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Die Umsetzung der Maßnahme „Neugestaltung Carolinengang“ auf Grundlage des vorliegenden Entwurfes wird beschlossen.

Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

TOP 11 Festlegung des Verkaufspreises für Gewerbegrundstücke innerhalb des Bebauungsplanes Nr. 380 „Middels III“
Vorlage: 22/049/1

Beschluss:

Die Vergabe von Gewerbegrundstücken im Gewerbegebiet Aurich – Middels III richtet sich nach den folgenden Vergabekriterien:

1. In jedem Grundstücksverkaufsvertrag ist eine Zweijahresfrist aufzunehmen, innerhalb der die Fläche bebaut werden muss.
2. Der Verkaufspreis für sämtliche innerhalb des Gewerbegebietes Aurich – Middels III befindlichen Gewerbegrundstücke wird auf 35,- €/qm festgelegt.

Werden nachweislich bei der Ansiedlung mindestens 5 neue sozialversicherungspflichtige Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen, ermäßigt sich der Kaufpreis auf 32,- € pro qm. Bei mindestens 10 neuen sozialversicherungspflichtigen Vollzeit Arbeitsplätzen auf 30,- € pro qm.

3. Auf die Erhebung separater Erschließungsbeiträge für die Abwasserbeseitigung wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen
(Herr Wulff hat an der Abstimmung nicht teilgenommen)

TOP 12 Festsetzung des Kaufpreises für eine Gewerbefläche im Gewerbe- und Industriegebiet Aurich Nord
Vorlage: 22/101

Beschluss:

1. Der endgültige Kaufpreis für das Flurstück 125/3 der Flur 1 der Gemarkung Sandhorst wird auf 25,00 Euro/m² festgesetzt.
2. Der noch zu zahlende Aufschlag für die Differenzfläche beträgt somit 21,50 Euro/m², für die gesamte Differenzfläche von 12.251 m² insgesamt 263.396,50 Euro.
3. Grundstückseigentümerin: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
4. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen

TOP 13 Verkauf einer Gewerbefläche im Gewerbegebiet Schirum IV
Vorlage: 22/065

Herr Wulff kritisiert die Subventionierung der Gewerbeflächen in der Stadt Aurich. Ebenfalls

kritisiert er die fehlende Erhebung von Erschließungsbeiträgen. Die Einnahmen fehlen der Stadt Aurich.

Seine Fraktion stellt sich dabei die Frage, ob diese Handlungsweise überhaupt rechtmäßig ist, so Herr Wulff. Für die Gewerbegebiete in Middels stellt sich auch die Frage, welche Maßgaben für die Vergabe vorliegen.

Die Fraktion DIE LINKE stellt sich nicht gegen eine Wirtschaftsförderung. Das derzeitige System müsse jedoch überdacht werden, so Herr Wulff.

Der Bürgermeister antwortet, dass keine Subventionierung stattfindet. Die Gebührenzahler werden durch die Erschließung von Gewerbeflächen nicht belastet.

Herr Kuiper bestätigt ebenfalls, dass die Gebührenzahler nicht belastet werden. Er verweist auf die entsprechenden Formulierungen in der vorliegenden Beschlussvorlage.

Bezgl. der Vergabe von Gewerbeflächen in Middels teilt Herr Kuiper mit, dass Firmen mit einem Bezug zu Middels bevorzugt berücksichtigt werden. Die Gestaltung der Preise ist durch die Politik mehrheitlich festgesetzt worden. Insgesamt betreibe die Stadt Aurich eine gute Vermarktung ihrer Gewerbeflächen. Dieses zeige die Entwicklung der letzten Jahre, so Herr Kuiper,

Frau Gronewold lässt nunmehr über die Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Die Stadt Aurich veräußert die in den anliegenden Lageplänen rot umrandet dargestellte, innerhalb des Gewerbegebietes Schirum IV belegene unbebaute Gewerbefläche zur Größe von ca. 1.200 m² aus dem Flurstück 19/2 der Flur 2 der Gemarkung Schirum.
2. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
3. Der Kaufpreis beträgt 35,00 Euro/m², mithin für die angenommene Grundstücksgröße ca. 42.000,00 Euro.
4. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen

TOP 14 Verkauf einer städtischen Grünlandfläche
Vorlage: 22/111

Herr Möhlmann teilt mit, dass für die Fläche ein marktüblicher Preis festgesetzt worden ist. Zudem habe sich der potentielle Käufer mit dem Preis einverstanden erklärt.

Er möchte jedoch wissen, ob es bereits im Vorfeld eine mögliche Absprache mit dem potentiellen Käufer gegeben habe. Dieser habe sich entsprechend geäußert.

Der Bürgermeister teilt mit, dass ihm von einer vorherigen Absprache nichts bekannt ist. Bei

dem möglichen Käufer handelt es sich um den einzigen Interessenten für diese Fläche.

Frau Altmann betont, dass die Stadt Aurich die Fläche behalten sollte. Diese Grünfläche ist für die Klima- und Umweltentwicklung in der Stadt Aurich von hoher Bedeutung. Der Verkaufspreis dürfe zudem keine Rolle spielen. Ihre Fraktion werde daher einem Verkauf nicht zustimmen.

Herr Bargmann verweist auf die Vorlage 16/098, in welcher einem Grundstückstausch mit dem jetzigen Käufer zugestimmt worden ist. In dieser Vorlage verpflichtet sich die Stadt Aurich, dass weitere Ersatzflächen an den Käufer übertragen werden sollen.

Frau Altmann betont sodann, dass dieser neue Sachverhalt geklärt werden sollte. Daher beantragt sie eine Zurückstellung. Die Verwaltung wird aufgefordert den Sachverhalt zu klären.

Die Vorsitzende lässt sodann über den Antrag von Frau Altmann abstimmen.

Mit 27 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen wird dem Antrag zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

5. Die Stadt Aurich veräußert die in dem anliegenden Lageplan gelb unterlegt dargestellte landwirtschaftliche Grünlandfläche, Flurstück 107/45 der Flur 6 der Gemarkung Schirum zur Größe von 1.03.13 ha.
6. Käufer/in: siehe Angaben in Anlage 2 (nicht öffentlich).
7. Der Kaufpreis beträgt 2,50 €/m², mithin für die gesamte Grundstücksgröße 25.782,50 Euro (= Bodenrichtwert für Grünlandflächen).
8. Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

Beschluss:

Der Beschluss über den Grundstücksverkauf wird zurückgestellt. Zuvor ist der Sachverhalt über die Hintergründe einer möglichen Absprache mit dem vorgesehenen Käufer zu klären.

Abstimmungsergebnis:

Mit 27 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen wird die Vorlage zur Beratung und weiteren Klärung des Sachverhalts zurückgestellt.

TOP 15 Antrag der FDP-Fraktion, hier: co-working-spaces in Aurich
Vorlage: ANTRAG 22/035

Herr Bakker begründet kurz den Antrag der FDP-Fraktion.

Die Einrichtung könnte zukunftsweisend für die Stadt Aurich sein, so Herr Bakker.

Anschließend wird der Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadt-, Digital- und Wirtschaftsentwicklung überwiesen. Die Überweisung erfolgt einstimmig.

TOP 16 Berichte und Erklärungen der Fraktionen und Gruppen

Frau Altmann kritisiert den neuen Standort für Mülltonnen im Bereich des Georgswalls. Für Anlieger und Besucher der Stadt Aurich bietet sich ein unschönes Bild. Es werde sich ein „Müllbiotop“ entwickeln. Durch die gedankenlose Standortwahl werde die Trostlosigkeit in diesem Bereich weiter zunehmen.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er den Standort in Augenschein genommen habe. Die Mülltonnen stehen geordnet. Eine Vermüllung könne er nicht feststellen. Die Verwaltung werde diesen Bereich jedoch weiterhin im Blick haben.

TOP 17 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Bürgermeister teilt mit, dass aktuell Fragen zu den Themen Energie und Klimaschutz vorrangig in der Verwaltung auf der Agenda stehen. Er verweist auf die aktuelle Energiekrise.

Daher bittet er um Verständnis, wenn andere Themen zurückstehen müssen.

TOP 18 Beantwortung von Anfragen gemäß § 16 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anfragen zur Geschäftsordnung vor.

TOP 19 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerin möchte wissen, weshalb die Stadt einen zentralen Stellplatz für Mülltonnen am Georgswall eingerichtet hat. Zudem möchte sie wissen, warum dort auch ein Container für Essenreste steht. Dieser gehöre wohl augenscheinlich einem Gastronomiebetrieb.

Der Bürgermeister antwortet, dass der jetzige Standort keine Dauerlösung sein wird. Aufgrund der aktuell bestehenden Einschränkungen für die die Anlieger der Osterstraße, habe die Verwaltung diesen Standort gewählt. Er verweist auf die aktuell durchgeführten Sanierungsarbeiten in der Fußgängerzone. Durch diese Arbeiten stehe nur ein begrenztes Platzangebot zur Verfügung.

Bzgl. des Containers für Essensreste werde die Verwaltung den Sachstand prüfen, so der Bürgermeister.

Ein Einwohner kritisiert, dass sich die Termine für die JUGA-Veranstaltungen im Jugend- und Familienzentrum sehr oft mit Sitzungsterminen der städtischen Gremien überschneiden. Es entstehe so der Eindruck, dass die Politik kein Interesse an diesen Veranstaltungen habe. Die Einbindung der Jugend innerhalb der Stadt Aurich müsse jedoch verbessert werden.

Herr Kuiper antwortet, dass die Verwaltung die Termine zukünftig besser abstimmen werde. Terminüberschneidungen lassen sich jedoch nicht immer verhindern. Er verweist dabei auf den engen Terminkalender für die Sitzungen der politischen Gremien.

TOP 20 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Mit einem Dank an alle Anwesenden schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:10 Uhr.